

Wenn die Gesellschaft bedroht ist, ruft sie nach dem starken Staat; sie ruft nach dem Obrigkeitsstaat, nach dem fürsorglichen Vater Staat – auch wenn sie den vorher zum Teufel gewünscht hat. Wenn die Gesellschaft sehr bedroht ist, wie bei Corona, ruft sie laut und stündlich: Der Staat soll nicht nur stark, sondern noch stärker sein, er soll schnell etwas tun, möglichst viel, möglichst alles. Napoleonisch soll er agieren. Ein Vormund soll er sein. Und er soll die bestrafen, die nicht folgsam sind.

In der Krise hört das Mäkeln und Meckern über den Staat auf. Das ist im Prinzip nicht schlecht, weil es lange ein neoliberales Denken gab, wonach das freie Spiel von Markt und Privatinitiative alles bestens regelt, viel besser als der Staat. Aber jetzt schlägt das Pendel mächtig in die andere Richtung, jetzt wird die Staatsgläubigkeit übertrieben. In der Krise wollen viele Entschlossenheit sehen und Autorität spüren, gern auch Autoritäres, in der Hoffnung, dass es hilft. Regieren ohne Parlamentsdebatte kommt gut an. Politiker, die nicht lange fackeln, sind beliebt. Es gibt in Deutschland eine sehnsüchtige Zuneigung zu staatlicher Autorität, wie man sie schon lang nicht mehr erlebt hat. Corona hat selbst überzeugte Linke und Liberale zu Anhängern von mehr Kontrolle und mehr Sicherheit gemacht.

Je schlechter die Zeiten, desto autoritärer die Menschen, hat der Psychoanalytiker Erich Fromm einmal gesagt. Big Brother, vor Corona misstrauisch beäugt, wird zum Freund und Partner. Früher hatte er sich mit Video- und Kommunikationsüberwachung, mit Vorratsdatenspeicherung und Gendateien verdächtig gemacht. In der Corona-Zeit gilt er vielen als Lebensretter, weil die Gefahr einem so nah auf den eigenen Leib rückt. Es gibt deswegen neuerdings eine wachsende Lust auf Fernost. Man schaut, nicht nur in Talkshows, mit Respekt in den Augen nach China oder nach Südkorea, wo es mehr Disziplin, weniger Debatten und niedrigere Infektionszahlen gibt als in Europa.

In Fernost ist der Big Brother viel bigger als in Europa – dort ist die sehr strikte und intensive Überwachung, zur Eindämmung von Corona, der Preis für ein angeblich freies Leben. Da stehen die Überwachungskameras dicht an dicht, da müssen die Menschen ein iPhone bei sich tragen, mit dem ihre Bewegungen staatlich nachverfolgt werden können. Wer kein Handy hat, der kriegt einen Token an den Schlüsselbund, eine Art Bewegungsmelder. In China werden Menschen, die keine Maske tragen, von Überwachungsdrohnen per Lautsprecher scharf zurechtgewiesen, wie die Medizinzeitschrift *The Lancet* meldet. In Südkorea werden Kreditkartendaten nach jeder Nutzung der Karte an staatli-

Kontrolle, hurra

Grundrechte verlieren in der Corona-Krise
ihren Charakter. Sie werden vergemeinschaftet.
Was davon zu halten ist

VON HERIBERT PRANTL

che Stellen weitergemeldet. Solche Kontrollsysteme erinnern an die Überwachung mit der elektronischen Fußfessel; hierzulande müssen diejenigen Verurteilten und Gefährdeten eine Fußfessel tragen, die ihre Haft zu Hause absitzen. In sehr obrigkeitstaatlichen Systemen wird jeder Mensch zum Gefangenen der Volksgesundheit.

Grundrechte gelten für jeden
voraussetzungslos. Sie gelten
für Geimpfte und Ungeimpfte

Die Risikogesellschaft sah sich auch schon bisher, vor Corona, wachsenden Gefahren ausgesetzt: Terrorismus, organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Drogenkriminalität, Umweltzerstörung. Diese bisherigen Unsicherheiten und die Sicherheitsgesetze kulminieren nun in der Corona-Krise. Die Bedrohung ist für jeden spürbarer als bei bisherigen Gefahren. Deshalb kann man beobachten, wie ansonsten kritische Bürgerinnen und Bürger schon abwehrend reagieren, wenn ein Skeptiker bloß zu fragen wagt, ob das angemessen sei, was Vater Staat da an Verboten, Ausgangssperren, Schul- und Betriebsschließungen, verordnet.

Der „Datenschutz“ gilt vielen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland als Haupthindernis, um die Corona-Bekämpfung effektiver zu gestalten. Dieser Datenschutz ist ohnehin angeschlagen, weil er erstens von Facebook und Co. durchlöchert ist, und weil er zweitens lange als Täterschutz diskreditiert wurde. In Zeiten, in denen der Täter Corona heißt, hat der Datenschutz weniger Sympathien als vorher.

Das liegt auch daran, dass der Name seit jeher irreführend ist: Er klingt so, als schütze er abstrakte Daten. Er schützt aber Menschen, ihre Integrität und ihre Privatheit. Dieser Schutz genießt aber in der Corona-Krise nicht mehr die Achtung, die er vorher hatte. Das Corona-Denken ist dabei, die Individual-Grundrechte zu vergemeinschaften und der Volksgesundheit unterzuordnen. Die Individualrechte werden kollektiviert. Der einzelne Mensch und seine Rechte treten zurück hinter dem Großen und Ganzen, hinter kollektiven Werten. Ein freiheitsfeindlicher Zeitgeist diskreditiert Grundrechte als Egoistenrechte. Das ist falsch. Es sind schlicht Rechte, die voraussetzungslos gelten, für jeden; man kann und muss sie sich nicht erwerben, auch nicht durch eine Impfung. Sie gelten für Geimpfte und Ungeimpfte.

Es ist dies die Gefahr in der Gefahr: Die Menschen gewöhnen sich daran, dass heftige Einschränkungen der Grund- und Bürgerrechte zu den Bewältigungsstrategien einer Krise gehören – und dass das Unverhältnismäßige in Krisen als verhältnismäßig gilt. Die Individual-Grundrechte werden aber auf diese Weise nicht nur eingeschränkt, sie verändern komplett ihren Charakter: Sie werden gebraucht, verbraucht und vernutzt, um Kollektivgüter zu schützen. Wenn Corona durchgestanden ist, könnte sich das bei anderen Krisen und Katastrophen, bei der Klimakatastrophe beispielsweise, fortsetzen.

Der israelische Historiker Yuval Harari befürchtet: Die Menschen werden sich in fünfzig Jahren womöglich nicht an die Corona-Pandemie erinnern; stattdessen werden sie im schlimmsten Fall sagen, dass 2020 mithilfe der Digitalisierung die allgegenwärtige Überwachung durch den Staat begann. Die Gesellschaft muss sich gegen diesen Fall impfen. Hier gilt Impfpflicht.



Heribert Prantl ist
Kolumnist und Autor der
Süddeutschen Zeitung.